

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kutschauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1581.  
Stroßstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 229.

Donnerstag, 1. Oktober 1923, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Beile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamestelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe eines Kautionsbetrags von 100 Gold-Pfennigen gesichert ist. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Pitzsch, Rieser.

## Freie Bahn?

Kritische Gedanken zur Lokalkonferenz.

Am Mittwoch morgen wurden nicht weniger als vier Notizen veröffentlicht, wenn man die außenpolitischen Aktenstücke, die zwischen der Reichsregierung und den Regierungen von Frankreich und England gewechselt wurden, so nennen will. Was die deutsche Note mit ihrer Zustimmung zur Sicherheitskonferenz in Locarno betrifft, so interessiert nur der Vorbehalt der Reichsregierung. Diese Konferenz am 5. Oktober beginnen zu lassen. Das deutsche Memorandum, das anlässlich der Ueberreichung der Note mündlich vorgetragen wurde, bringt das, was die deutsche Öffentlichkeit bereits wußte, nämlich die amtliche Zurückweisung der Kriegsschuldfrage, die Forderung auf endgültige Vereinfachung der deutschen Entwaffnungsfrage sowie die Räumung der nördlichen Rheinlande. Wenn die Reichsregierung erwartete, daß die alliierten Mächte das deutsche Memorandum zur Kenntnis nehmen und zu mündlichen Verhandlungen in Locarno herangezogen würden, so sah sie sich hierin gründlich getäuscht. Zwar nahmen die Regierungen von England, Belgien und Italien das deutsche Memorandum sofort entgegen, doch zögerte Frankreich von vornherein, es anzunehmen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten erhoben sich, die deutschen Vorkläufer in Paris und London hatten alle Hände voll zu tun und schließlich kam eine Einigung auf der Basis zustande, daß sowohl die französische wie die englische Regierung sofort eine Antwort auf das deutsche Memorandum erteilen. Beide Antworten sind, was von vornherein festzustellen werden muß, im höchsten Grade unerfreulich, die englische noch ungleich mehr als die französische.

Die französische Regierung erklärt, daß die von Deutschland aufgeworfenen Fragen in keiner Weise mit den Verhandlungen von Locarno verknüpft werden können. Hinsichtlich der Kriegsschuldfrage bemerkt sie kurz, daß diese Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt wurde, und durch Verhandlungen über den Sicherheitspakt nicht geändert werden könnte. Die Vereinfachung der Abrüstungsfrage hänge lediglich von Deutschland ab. Viel pessimistischer als die Entgegennahme der französischen Antwort ist die der englischen Regierung. Die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg wird durch den geplanten Pakt nicht aufgeworfen, heißt es hier, und S. M. Regierung vermag nicht zu erkennen, warum die deutsche Regierung es für angebracht gehalten hat, sie in diesem Augenblick aufzuwerfen. S. M. Regierung muß bemerken, daß die Verhandlungen über einen Sicherheitspakt den Vertrag von Versailles und ihr Urteil über die Vergangenheit nicht zu ändern vermag. Das ist wahrhaft eine starke Leistung.

Infolgedessen ist es nicht verwunderlich, daß die Antworten der englischen und französischen Regierungen auf das deutsche Memorandum — schon wegen ihres schroffen Tones — außerordentliche Unruhe hervorriefen. Wie soll am Vorabend der Ministerkonferenz in Locarno eine derartig abweisende und herausfordernde Erklärung der britischen Regierung gedeutet werden? Glaubt das konservative Kabinett Baldwin damit der Verständigung und dem Frieden zu dienen? Ist Chamberlain der Auffassung, mit seiner Erklärung die Atmosphäre der bevorstehenden Konferenz günstig beeinflussen zu haben? Ein Blick in die gesamte deutsche Presse dürfte ihn sehr schnell eines Besseren belehren.

Wie wir von gut unterrichteten diplomatischen Kreisen hören, gelten die Antworten der Alliierten als außerordentlich ungünstige Vorzeichen für die bevorstehende Konferenz. Der Kabinettsrat, der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther zusammentritt, wird zu befinden haben, welche Folgerungen die Reichsregierung aus der neuen Sachlage zu ziehen hat. Seitens der Deutschen Nationalen Partei war bereits am Mittwoch morgen die sofortige Entberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt und angeregt worden, daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sich klipp und klar über die neue Lage äußere. Wenn wir richtig unterrichtet sind, gibt sich die Reichsregierung der Hoffnung hin, die jetzt ausgebrochene ernste Krise in kurzer Frist zu beheben und eine betriebsfähige Basis für die unmittelbar bevorstehende Konferenz zu schaffen. Wie sie das zu tun gedenkt, ist vorläufig noch ihr Geheimnis. Doch hierüber kann erst die Kabinettsitzung und Beratungen mit den Parteiführern volle Klarheit schaffen.

## Marr' Reichstagsklärung zur Kriegsschuldfrage.

Die am 29. August 1923, am Tage der Ratifizierung der Dawes-Verträge, im Reichstage abgegebene Erklärung des damaligen Reichskanzlers Dr. Marr zur Kriegsschuldfrage hat folgenden Wortlaut:

„Die und durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist, und solange ein Mitalied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit getrieben wird, kann die wahre Verständigung und Verständigung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.“

des. Marr.

## Zum Geburtstage des Reichspräsidenten.



Morgen, am 2. Oktober vollendet der Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall v. Hindenburg sein 78. Lebensjahr. Das gesamte deutsche Volk, man kann heute fast sagen, ohne Unterschied der Parteien, beglückwünscht den greisen Führer in eine hoffentlich bessere Zukunft. Die vergangenen Monate haben genügt, um den Generalfeldmarschall hoch aus dem unerfreulichen Kampfe der Wahlzeit herauszubekommen. Unter Hindenburg hat gezeigt, daß er tatsächlich die Verkörperung des deutschen Führers schlechthin, des Mannes über dem Tageshimmel, ist. Er hat weiterhin beweisen können, daß er sich trotz seines hohen Alters der größten körperlichen und geistigen Frische erfreut. Er hat auch über seine Wahlkampagne einen so großen moralischen Sieg errungen, daß selbst ein Mann wie Dr. Wirth schon erst in Newyork sich auf's wärmste für die Persönlichkeit des Reichspräsidenten eingesetzt hat, der nach seinen Worten „unser Hindenburg“ ist. Das ist eine Anerkennung, die er selbst als seinen Wünschen entsprechend begrüßen wird.

Trotz seines hohen Alters, trotz der großen Arbeitslast, die eine Wahl zum Reichspräsidenten mit sich bringen mußte, nahm Hindenburg die Kandidatur für das höchste Amt an, das die deutsche Republik zu vergeben hat und wurde mit einer Mehrheit von rund 900 000 Stimmen am 26. April dieses Jahres zum Reichspräsidenten gewählt. Wie er inzwischen mit hingebender Treue die Pflichten seines hohen Amtes erfüllt hat, das werden alle Deutschen wissen, denen der Name Hindenburg lieb und teuer ist. Wir erinnern nur an seinen Besuch im Ruhrgebiet und in den „Sanktionsstädten“ des Rheinlands nach der Räumung durch die fremde Besatzung, ein Besuch, der einem wahren Triumphzuge glich. Der schlichte und einfache Mann, schlicht und einfach auch in seinen offiziellen Reden, ist parzelliert niemals hervorgetreten; er blieb, was er immer gewesen war: der kühne Soldat vom alten Schlage, dem die strenge Pflichterfüllung über alles geht, der sein Vaterland aufs innigste liebt.

Hoffen wir, daß Hindenburg noch viele Jahre eines gesunden Lebens voll stetiger und treuer Pflichterfüllung beschieden sein mögen.

## Die Antwort Belgiens auf die deutsche Note.

(Brüssel, Meldung der Agence Belge.) In Verantwortung der Mitteilung des deutschen Vandalen erklärte der belgische Außenminister, daß die belgische Regierung sei glücklich, die Note zu erhalten, nach welcher die Reichsregierung die Einladung zu der Sicherheitskonferenz annimmt, die am 5. Oktober in Locarno stattfinden soll, und stellt mit Genugtuung fest, daß die Note keinen Vorbehalt enthält. Was die Erklärungen anbetreffe, die bei der Ueberreichung der Note abgegeben wurden, ohne jedoch Bedingungen für die Annahme Deutschlands zu sein, so erklärte die belgische Regierung, daß in den Fragen der Räumung der Ruhrzone und der Entwaffnung Deutschlands es von der deutschen Regierung selbst abhängt, ihre Lösung durch die Erfüllung der Verpflichtungen zu beschleunigen, an die die Note vom 4. Juni 1923 sie erinnerte. Die Frage der Arroganzverantwortlichkeit Deutschlands sei durch den Plan eines Sicherheitspaktes nicht aufgeworfen und im übrigen sei sie, was Belgien an-

betreffe, nicht nur durch den Versailler Vertrag, sondern auch durch die Erklärungen des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg im Reichstage am 4. August und am 1. September 1914 geregelt.

## Italienische Antwort auf die deutsche Note.

(Rom. Die „Stefani“ meldet, wurde die italienische Regierung, die zugleich mit den übrigen Alliierten Mitteilung von der deutschen Note über die Teilnahme an der Sicherheitskonferenz und von den diesbezüglichen mündlichen Erklärungen erhielt, über den Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen über die Deutschland zu erteilende Antwort unterrichtet. Da der Sicherheitspakt auf der vollkommenen Achtung vor den Verträgen gegründet sein soll, ist es nicht möglich, die durch die Erklärungen Deutschlands angeregten Fragen in Erwägung zu ziehen. Die Mitteilung, die die italienische Regierung an die deutsche Regierung gerichtet hat, ist in diesem Sinne abgefaßt.

## Ministerrat in Berlin.

(Berlin. Unter dem Vorsitz des Reichsaussenministers wurde gestern abend ein Ministerrat abgehalten, der sich mit den für die Konferenz von Locarno notwendigen Vorbereitungen beschäftigte. Ferner sollen dem Lokalausschuss zufolge verschiedene Punkte der Entwaffnungsfrage besprochen worden sein.

## Freitag Abreise der deutschen Delegation.

(Berlin. Wie gemeldet wird, hat die deutsche Delegation für die Lokalkonferenz ihre Abreise, die ursprünglich am Sonnabend abend stattfinden sollte, um einen Tag vorgezogen. Der Sonderzug mit der Delegation wird Freitag abend 9 Uhr Berlin verlassen. Die Delegation selbst wird sehr klein gehalten werden. Unter dem Reichskanzler und dem Reichsaussenminister wird es nur aus dem Staatssekretär von Schubert, Ministerialdirektor Dr. Waus, dem Vizepräsidenten der Reichsregierung Dr. Riep und Staatssekretär in der Reichskanzlei Kempner bestehen. Die Teilnahme Geheimrats von Bülow steht noch nicht fest. Dazu treten einige Beamte der Reichskanzlei, der Presseabteilung und des Auswärtigen Amtes und das nötige technische Hilfspersonal.

Georg Wille verläßt Dresden. Der berühmte Cellist und 1. Konzertmeister der Dresdener musikalischen Kapelle, Professor Georg Wille, verläßt nach 24jähriger Berufstätigkeit in der Dresdener Kapelle seinen Wirkungskreis und geht nach Berlin.

## Zichtscherin bei Stresemann.

(Berlin. Der gestern in Berlin eingetroffene russische Außenkommissar Zichtscherin folgte, nachdem er mittags seine Karte beim Reichskanzler Dr. Luther abgegeben hatte, abends mit dem russischen Vorkläufer in Berlin, Arakimski, einer Einladung zum Abendessen beim Reichsaussenminister Dr. Stresemann, an dem Beamte des Auswärtigen Amtes, Diplomaten, Politiker und Wirtschaftler teilnahmen.

## Vor der Klärung der Entwaffnungsfrage.

Berlin. Wie wir von bekundeter Seite erfahren, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der interalliierten Militärkontrollkommission über die Entwaffnungsbedingungen der Vorkonferenz bereits zum Abschluß gelangt. Die alliierten Regierungen werden wahrscheinlich schon sehr bald den Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission an die Vorkonferenz weitergeben. Allerdings hängt die Vereinfachung der Entwaffnungsfrage völlig von der Haltung der Vorkonferenz und der alliierten Regierungen ab, die jetzt einen Beschluß darüber fassen müssen, ob Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen vollständig durchgeführt hat. Nach den Informationen der Reichsregierung steht zu erwarten, daß einem solchen Beschluß überhaupt nichts mehr im Wege steht und daß die Vorkonferenz spätestens in den nächsten 3 Wochen einberufen werden wird.

## Zur Zeppelin-Gedener-Spende.

(Berlin. In der vorigen Woche fand beim Reichsausschuß der Zeppelin-Gedener-Spende eine Sitzung statt, an der die Spitzenorganisationen der deutschen Frauenvereine aller Richtungen teilnahmen. Es wurde einstimmig eine besondere Zeppelin-Gedener-Spende der deutschen Frauen beschlossen. Der Aufruf der Frauen für ihr Sammelwerk ergeht in den nächsten Tagen.

(Berlin. Die deutsche Studentenschaft hat dem Reichsausschuß der Zeppelin-Gedener-Spende mitgeteilt, daß in den Kreisen der studierenden Jugend eine besondere Sammlungsaktion für Zeppelins Wert eingeleitet ist.

## Wahl des Landespräsidentiums von Lippe.

(Detmold. Funkpruch.) Die heute vormittags vom Landtage vorgenommene Wahl des Landespräsidentiums hatte folgendes Ergebnis: 11 Stimmen wurden abgegeben für die Abgeordneten Bielemeier (Christl. Gewerkschaft), Städt. (Wirtschaftliche Vereinigung) und Drate (Sozialdemokrat) 9 Stimmen fielen auf die beiden bisherigen Beamten-Mitglieder der Regierung. Der kommunistische Abgeordnete gab einen weißen Stimmzettel ab. Die Rechtsparteien ließen erklären, daß sie zu dem neuen Kabinett kein Vertrauen haben könnten und sagten daher schärfste Opposition an. Von den Mitgliedern der neuen Regierung gehörte der Sozialdemokrat schon der früheren Landesregierung an.